Uni plant Neubau, Senat will Containerdorf: Ärger um Flüchtlingsunterkunft

Konflikt an der FU Berlin: Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände. Wie geht die Uni mit der geplanten Unterbringung um? Bröckelt die woke Fassade? Finde es hier heraus. #Flüchtlingsunterkunft #FUBerlin #Proteste #Konflikt

Das brachliegende Grundstück Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz genutzt wird, soll laut den Senatsplänen zu einem Containerdorf für 260 Flüchtlinge umgewandelt werden. Diese Entscheidung stößt auf Widerstand, insbesondere an der Freien Universität (FU), da das Gelände eigentlich für den Bau von Lehr- und Forschungsgebäuden vorgesehen ist. Die Uni-Präsidentin und Kanzlerin wehrten sich gegen die Unterbringung von Flüchtlingen auf diesem Gelände, da es bereits für eigene Bauprojekte benötigt wird. Die Universität hatte bereits in der Vergangenheit Notunterkünfte für Geflüchtete bereitgestellt, betont aber die Dringlichkeit, das Grundstück für ihre eigenen Baumaßnahmen zu nutzen. Die FU schlug vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in unmittelbarer Nähe als alternative Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge zu nutzen.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, prüft derzeit geeignete städtische Flächen für die Unterbringung von Flüchtlingen. Er betont die Notwendigkeit, brachliegende Gelände zu nutzen, solange sie nicht anderweitig genutzt werden. Der Senat hat Ende März beschlossen, weitere 16 Containerdörfer zu errichten, da der Bedarf an Unterkünften für Flüchtlinge weiterhin hoch ist. Der

Regierende Bürgermeister Kai Wegner erklärte, dass es eine Herausforderung war, diese Standorte zu vereinbaren, da zusätzliche Unterkünfte erforderlich sind.

Die geplanten neuen Containerdörfer konzentrieren sich hauptsächlich auf den Ostteil der Stadt, wobei die meisten in den Bezirken Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick errichtet werden. Dies führt zu einer weiteren Belastung für diese Bezirke, insbesondere Pankow, der bereits rund 5000 geflüchtete Menschen beherbergt. Die Standorte in Reinickendorf, Spandau, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf sind ebenfalls Teil der Planung, während Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg leer ausgehen.

Unzufriedenheit und Spott im Netz machen die Runde, insbesondere im Zusammenhang mit dem Widerstand der FU gegen die geplante Unterbringung von Flüchtlingen. Einige Nutzerinnen und Nutzer kritisieren die Universität für ihre angebliche Inkonsequenz zur Unterstützung von Flüchtlingen im Vergleich zu anderen politischen Themen, was als Bröckeln der weltoffenen Fassade bezeichnet wird. Politikerinnen wie Franziska Brychcy von den Linken fordern die Bereitstellung des Parkplatzes an der Thielallee 63 als temporäre Unterkunft für Flüchtlinge, um die Unterbringungssituation zu verbessern.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de